

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 9

Artikel: Sicherheit und Verantwortung : die Ostpolitik und die Verbündeten
Autor: Schreiber, Viktor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079266>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheit und Verantwortung

Die Ostpolitik und die Verbündeten

1960 erklärte der damalige deutsche Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier vor Auslandskorrespondenten, im Falle seiner Wahl zum Bundeskanzler wäre er bereit, über eine andere Außenpolitik und das Ende der Paktsysteme zu diskutieren, falls die Sowjetunion der Bundesrepublik die gleiche Sicherheit garantieren werde wie die NATO. Wie das zu erreichen wäre, hatten damals weder Gerstenmaier analysiert noch Moskau in dieser Form je verlautbaren lassen. Seitdem aber sind nicht nur 10 Jahre vergangen, sondern die Initiative der Bundesrepublik hat auch zum ersten Mal die Realität, die die Zeiten des Kalten Krieges bestimmte, in Frage gestellt. In der Substanz will nämlich die Ostpolitik Brandts nicht den Status quo zementieren und das Verhältnis der Blöcke verewigen, sondern im Gegenteil überwinden. Die Bundesrepublik versucht, eine realistische europäische Friedensordnung zu schaffen und die verschiedenen Interessen der einzelnen Völker von innen her einander anzunähern.

Deshalb hat Bonn mit Interesse die Meinung des ungarischen Außenministers Peter zur Kenntnis genommen, der kürzlich erklärte: «Europa wird von drei Faktoren bestimmt: von seiner historischen Gemeinsamkeit, dem ideologisch Trennenden und von der darüberstehenden gemeinsamen Verantwortlichkeit». Es ist bezeichnend, dass der Begriff der Sicherheit, der jahrelang wie ein Tabu alle anderen Überlegungen beherrschte, nun allmählich durch den Begriff der Verantwortung ersetzt wird. Das Gleichgewicht des Schreckens erreichte solche Dimensionen, dass auch die Supermächte selbst schliesslich von ihrem eigenen Militärpotential bedrängt wurden. Die SALT-Gespräche in Helsinki und Wien zeigen dies deutlich.

Nur unter diesem Blickwinkel kann der Wille von Bundeskanzler Willy Brandt interpretiert und verstanden werden, seine Ostpolitik in den Gegebenheiten, die den Dialog zwischen Washington und Moskau bestimmen,

als europäisches Gewicht einzusetzen. Bonn geht, wie der Staatssekretär Prof. Ralf Dahrendorf vor dem Europarat in Strassburg am 22. April formulierte, davon aus, «dass in der gegenwärtigen Lage kein rationaler Weg zur staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands erkennbar ist. Die Bundesregierung meint zugleich, dass das blosse Warten auf Umstände, die einen solchen Weg möglich machen könnten, schon in der Vergangenheit zu einer ständigen Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen Ost- und Westeuropa geführt hat. Daher glauben wir, unserem Verfassungsauftrag wie unserer Absicht einer Friedenspolitik besser gerecht zu werden, wenn wir Wege suchen, um Gemeinsamkeiten zwischen den beiden deut-

schen Staaten zum Ansatzpunkt grösserer europäischer Lösungen zu machen.»

Trotzdem oder gerade deswegen weiss der Realist Brandt, dass er notwendige Garantien für die Sicherheit in Westeuropa braucht, solange der Dialog mit dem Osten noch andauert und nicht zu vertraglichen Abstimmungen führt. Deswegen war sein Washingtoner Besuch durch die ständige Forderung nach der unabdingbaren Präsenz der amerikanischen Truppen in Europa auch für die Zukunft, wenigstens solange die Gespräche in Wien und die Ostpolitik der Bundesregierung noch keine konkreten Ergebnisse erzielt haben, gekennzeichnet. Die militärische Anwesenheit der USA in Europa hält Brandt für unerlässlich. So kann für ihn das Ziel der

Nach Jahren sind die Vertreter der vier Alliierten wieder in Berlin zusammengetreten. Die Berliner nahmen dies mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis.



europäischen Politik nur in einem gleichwertigen und gegenseitigen Abbau der Streitkräfte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs liegen.

Welchen Eindruck dieses Konzept Brandts auf den amerikanischen Präsidenten Nixon gemacht hat, bewies seine Feststellung, dass die Bundesrepublik einen lebenswichtigen Platz im Rahmen der amerikanischen Politik einnehme. Die deutsche Ostpolitik fand die volle Unterstützung des Weissen Hauses; das Gespräch Willy Brandts über weltpolitische Fragen im aussenpolitischen Ausschuss des Senates war so eingehend, dass es den Vorsitzenden Fulbright zur Bemerkung veranlasste: «Wir haben von Willy Brandt in wenigen Minuten freimütiger Diskussion mehr nützliche Informationen über Ost-West-Fragen erhalten, als wir von unseren eigenen Aussenministern für gewöhnlich in Monaten bekommen.»

Es ist bemerkenswert, dass Brandt nicht nur mit seinen realen Thesen zur Entspannung in Europa Resonanz fand, sondern zugleich die Verbündeten durch sein persönliches Auftreten, seine Integrität und seinen klaren Willen überzeugen konnte. Dies wurde auch bei den Gesprächen in London, Paris, Kopenhagen und Oslo deutlich. Durch die Rückendeckung seiner Freunde im Westen gestärkt, kann der deutsche Bundeskanzler nun seine schwierigen Ziele leichter verfolgen.

Nicht der Initiant der neuen deutschen Ostpolitik, sondern der Senator Mike Mansfield, der Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Senat, wiederholte nach der Abreise des Bundeskanzlers seine alte Forderung nach einer raschen und deutlichen Verminderung der amerikanischen Truppen in Europa. Ein Hinausschieben dieser Notwendigkeit könnte nach Meinung Mansfields später den plötzlichen und vollständigen Abzug der US-Streitkräfte zur Folge haben. Eine entsprechende Resolution, die Mansfield seit längerem vorbereitet hatte, würde nach Korrespondentenberichten aus Washington heute eine starke Mehrheit finden. Doch die wohlüberlegte

Forderung Bonns bestimmte wesentlich den Entschluss des Präsidenten der Vereinigten Staaten, auf jeden Fall bis Mitte 1971 die gegenwärtige US-Truppenstärke von 310 000 Mann in Europa nicht zu reduzieren. Bonns standhaftes Eintreten in dieser Frage geschah im Einvernehmen mit der britischen Regierung. Sorgfältig haben beide Regierungen die Problematik eines Abzugs der Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes geprüft; sie haben konkrete Vorschläge auf diplomatischer Ebene zwischen den NATO-Partner veranlasst, die weit über die Grundsätze, die in der NATO-Konferenz von Reykjavik festgelegt worden waren, hinausgehen.

Politischer Ausverkauf?

So führte die Lehre aus der Zeit der Politik der Stärke, die nur halbherzige und zögernde Initiativen zuließ, jetzt zu konkreten Schritten Bonns, die weiter die Sicherheit beanspruchen und zugleich garantieren wollen; aber die Forderung nach Sicherheit ist nicht mehr nur Selbstzweck der Weltpolitik (was jahrelang die Konflikt-Situationen verschärfte), sondern dient heute methodisch der Entspannung. Die Kontakte der Bundesrepublik, vor allem mit der Sowjetunion, sind im engen Verhältnis zu dem Dialog der Supermächte und parallel zu den Viergesprächen über Berlin zu sehen und können so die Unverletzlichkeit der territorialen Grenzen in Europa in einer neuen Friedensordnung garantieren. Dass die Sowjetunion eine Aera der Verhandlungen wünscht, zeigten die bisherigen ausführlichen Gespräche in Moskau.

Aber alle Verhandlungen — besonders die mit Polen — bedeuten keineswegs den «Ausverkauf» von Positionen, zumal gemäß Art. 7 des Deutschlandvertrages die rechtlichen Vorbehalte bis zu einer endgültigen Regelung weiter bestehen bleiben. In diesem Zusammenhang erklärte Aussenminister Scheel im Parlament, dass die «deutschen Optionen auf eine spätere Wiedervereinigung bisher offengehalten werden». Es liegt nun auch an den

Gesprächspartnern im Osten, die Voreingenommenheit der früheren Jahre abzubauen; Bonn hat den diplomatischen Kurs der Verhandlungen gewählt, da keine konkrete Alternative zu einer Entspannung zu sehen ist. Bonn kann mit Fug und Recht feststellen, dass seine Initiativen gegenüber dem Osten ohne Konzessionen und im Bewusstsein mühevoller Verhandlungen mehr Garantien bringen können als die eingefahrene Politik der früheren Jahre.

Natürlich gehört auch das Berlin-Problem zur Ostpolitik; und Brandt betonte im Bundestag, ohne Regelung für Berlin seien Entspannungen in Europa nicht möglich. Die Vier-Mächte-Verhandlungen, die nach so vielen Jahren wieder belebt werden konnten, beweisen, dass alle Einzelschritte nur im grösseren Zusammenhang gesehen werden können und müssen.

Die aktive Ostpolitik hindert ebenfalls die Intensivierung der Zusammenarbeit im westlichen Bündnis nicht. Es ist kein Geheimnis, dass erst seit der EWG-Konferenz von Den Haag — nur vier Wochen nach der Bildung der Regierung Brandt/Scheel — die Entwicklung in Westeuropa wieder in Fluss gekommen ist. Nach einer Vorkonferenz der zehn Mitglieder der Westeuropäischen Union im Juni in Luxemburg (dann wird Frankreich seinen im Januar 1969 verlassenen Stuhl wieder einnehmen) werden spätestens Ende Juli erste technische Verhandlungen mit Grossbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen beginnen können. Man darf also unter der verstärkten Ostpolitik viel eher von einer aktiven Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder reden als zur Zeit, da das Laissez-faire die diplomatische Tätigkeit bestimmte. Gewiss — man sollte keine spektakulären Erfolge erwarten. Aber selbst wenn sich schliesslich das Risiko als stärker erweist als die Hoffnung auf friedliche Regelungen, wird am Ende nur der geschwächt aus dem Dialog hervorgehen, der die friedlich ausgestreckte Hand ausschlägt.

Viktor Schreiber